

**Absender
Fraktion DIE LINKE.**

Drucksachen-Nr.

0436/2015/1

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE.**

**zur Sitzung:
Haupt- und Finanzausschuss am 29.10.2015
Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss am 24.11.2015**

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 05.10.2015 (eingegangen am 09.10.2015) zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur Schaffung sozialen Wohnraumes in Bergisch Gladbach

Inhalt:

Mit Schreiben vom 05.10.2015 (eingegangen am 09.10.2015) beantragt die Fraktion DIE LINKE., der Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss mögen die Verwaltung beauftragen, ein zielführendes Handlungskonzept zur Schaffung von sozialem Wohnraum in Bergisch Gladbach zu entwickeln.

Der Antrag ist gemäß § 29 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach bei der Aufstellung der Tagesordnung sowohl der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.10.2015, als auch der Tagesordnung der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 24.11.2015 zu berücksichtigen.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der vorliegende Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Entwicklung eines (zielführenden) Handlungskonzepts zur Schaffung sozialen Wohnraums in Bergisch Gladbach.

Die Erstellung eines solchen, nunmehr beantragten Handlungskonzeptes wurde unter lfd. Nr. 3 als einer von insgesamt 5 Punkten im Zusammenhang mit den Arbeitsaufträgen an die Verwaltung aus dem „Runden Tisch Sozialer Wohnraum“ in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.02.2015, Drucksachenummer 0444/2014, beschlossen. Wörtlich lautet der Beschluss:

„Die Prüfungsergebnisse der Verwaltung sollen in ein Wohnungspolitisches Handlungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach einfließen.“

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, den Antrag nicht zu beschließen, sondern vielmehr basierend auf dem bereits gefassten Beschluss in den „Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum“ zu verweisen.

In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung darauf hin, dass für die Erstellung eines Handlungskonzepts, wie es von der Fraktion DIE LINKE. nunmehr beantragt wird, nicht unerhebliche personellen Ressourcen aus dem Bereich der Stabsstelle Stadtentwicklung benötigt werden. Im Hinblick auf die derzeit dort angesiedelten und bereits laufenden Projekte wie Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, Erstellung eines Einzelhandels- sowie eines Mobilitätskonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine Stelle im Bereich der Stabsstelle seit gut 16 Monaten krankheitsbedingt vakant ist, weist die Verwaltung darauf hin, dass die Herstellung eines solchen Handlungskonzepts nicht vorrangig in Angriff genommen werden kann.

Unabhängig davon ist die Stadt Bergisch Gladbach nicht zuletzt auf der bekannten Flüchtlingsproblematik sowie des Antrags aus der Politik an die Verwaltung, in den kommenden Jahren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, bereits jetzt bestrebt, den Erwerb von Grundstücksflächen, die für eine künftige Bebauung mit sozialen Wohnungsbau in Frage kommen könnten, zu intensivieren bzw. Flächen hierfür aus dem Bestand der Stadt bzw. des Stadtentwicklungsbetriebs AÖR zur Verfügung zu stellen.